



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 37/18 • 18.10.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten tagen am 17. und 18. Oktober 2018 im Europäischen Rat in Brüssel.

Während eines Arbeitsessens haben sich die Staats- und Regierungschefs bereits gestern mit dem anstehenden BREXIT, also dem aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich befasst.

Der Schwerpunkt der Tagung des Europäischen Rates in diesem Oktober liegt auf den Themen Migration und Innere Sicherheit. In Migrationsfragen soll über erzielte Fortschritte berichtet werden und insbesondere die Aspekte der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern, Bekämpfung von Schleusernetzen und die jüngsten Vorschläge der Kommission zu Rückführungen, zur Asylagentur und zur Europäischen Grenz- und Küstenwache beleuchtet werden.

Es ist geplant sich im Hinblick auf die Innere Sicherheit u.a. einen Überblick über die Fortschritte in Bezug auf den Ausbau der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, der Bekämpfung des Terrorismus, der Verstärkung der Grenzsicherheit und der Stärkung der Abwehrfähigkeit im Cyberraum zu widmen.

Auf die Tagung folgt ein Euro-Gipfel im inklusiven Format. Die EU-Führungsspitzen werden den Stand der Verhandlungen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) im Hinblick auf den Euro-Gipfel im Dezember erörtern.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Neue Bioökonomie-Strategie für ein nachhaltiges Europa	
• Europäische Kommission – EU-Batterieallianz	
• Europäische Kommission – Verbraucherbarometer 2018	
• Europäisches Parlament – Eurobarometer: Rekord-Zustimmung für EU	
• Justizminister einigen sich auf neue europäische Regeln für Insolvenzen	
• Rechnungshofbericht - Gutes Zeugnis für den EU-Haushalt 2017	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• Wettbewerb eröffnet - „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland gesucht	
• EU -Wettbewerb für Nachwuchswissenschaftler - Drei Deutsche unter den Gewinnern bei EUCYS	
• EU-weit einheitliche Label für Kraftstoffe an Tankstellen und Neuwagen	
• Zugang zu Büchern für sehbehinderte EU-Bürger wird erleichtert	
• EU weitet Schutz vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz aus	
• EU beschränkt 33 gefährliche Chemikalien in Kleidung und Textilien	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Europaminister Rainer Robra lädt ein zum „Europaforum im Palais“	
• IMPULS-Festival in der Landesvertretung - Einladung	
<u>Ausschreibungen</u>	15
• EPSO – Auswahlverfahren für die Fachgebiete Zoll und Steuern	
• Rat – Stellenausschreibung Direktor – Juristischer Dienst	
• KOM – Stellenausschreibung Exekutivdirektor - ACER	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	20
• Tipp – AdR-Newsletter vom 12. Oktober 2018	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	23
<u>Impressum</u>	24



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Neue Bioökonomie-Strategie für ein nachhaltiges Europa

Am 11. Oktober 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission einen **Aktionsplan für den Aufbau einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie**. Die neue Bioökonomie ist Teil der Bemühungen der Kommission, neue Impulse für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen zu geben. Ziel ist es, die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen zu verbessern und auszuweiten, um die globalen und lokalen Herausforderungen wie den Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung bewältigen zu können. Ab **2019 sollen vierzehn konkrete Maßnahmen** auf den Weg gebracht werden, um die gemeinsamen Anstrengungen von öffentlichen Stellen und Industrie zu unterstützen. So wird die Kommission eine mit 100 Mio. Euro ausgestattete thematische Investitionsplattform für die kreislauforientierte Bioökonomie einrichten, damit biobasierte Innovationen besser vermarktet und die Risiken privater Investitionen in nachhaltige Lösungen verringert werden können. Des Weiteren soll die Entwicklung neuer nachhaltiger Bioraffinerien in ganz Europa erleichtert werden. Um das noch nicht ausgeschöpfte Potential für die Nutzung von Biomasse und Abfällen zu mobilisieren, beabsichtigt die Kommission u. a. eine Strategie für nachhaltige Ernährungs- und Bewirtschaftungssysteme sowie für forstwirtschaftliche und biobasierte Produkte auszuarbeiten. Zum Schutz des Ökosystems und Erforschung der ökologischen Grenzen der Bioökonomie soll neben anderen Maßnahmen ein unionsweites Monitoringsystem eingeführt werden, um Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen und kreislauforientierten Bioökonomie verfolgen zu können. *ms*



4

Die Mitteilung der Kommission, die auf der Aktualisierung der Bioökonomie-Strategie aus dem Jahr [2012](#) beruht, finden Sie [hier](#). Die vollständige Pressemitteilung der Kommission [hier](#).

Europäische Kommission – EU-Batterieallianz

Die EU-Kommission unterstützt die europäischen Regionen bei der Gründung einer **Partnerschaft für die Entwicklung von Batterien**. Das gaben am 12. Oktober der für die Energieunion zuständige Vizepräsident Maroš Šefčovič und EU-Regionalkommissarin Corina Crețu im Rahmen der Europäischen Woche der Städte und Regionen in Brüssel bekannt. Diese interregionale Partnerschaft, die von Slowenien geleitet wird, umfasst die Regionen in Frankreich, Spanien und Italien. Sie wird von der EU-Kommission im Rahmen einer Pilotaktion unterstützt.

Das **Pilotprojekt läuft bis Ende 2019**, und die Partnerschaft wird von speziellen, innerhalb der Kommission eingerichteten Teams unterstützt, an denen Experten aus mehreren thematischen Abteilungen, aber auch von externen Experten für Finanzmodellierung, Geschäftspläne oder geistiges Eigentum beteiligt sind.



Die Europäische Batterieallianz ist Teil unserer Strategie der Energieunion und zielt auf die Stärkung einer sauberen Mobilität, die Bekämpfung des Klimawandels und die Verringerung der Abhängigkeiten, die sich aus Energieimporten ergeben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Information in den Daily News](#)

[Die EU-Batterieallianz](#)

Europäische Kommission – Verbraucherbarometer 2018

Die Europäische Kommission hat am 12. Oktober ihr Barometer für Verbrauchermärkte für 2018 veröffentlicht, an dem sich ablesen lässt, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU die **Leistung von 40 Märkten** für Waren und Dienstleistungen bewerten. Während sich das allgemeine Vertrauen in die Märkte seit 2010 positiv entwickelt hat, vertrauen lediglich 53 Prozent der Menschen darauf, dass die Unternehmen im Dienstleistungssektor die Verbraucherschutzvorschriften einhalten. Für den Warenssektor fällt der entsprechende Anteil mit 59 Prozent nur geringfügig höher aus.

Im Vergleich zum Verbraucherbarometer für 2016 ist das Verbrauchervertrauen nicht gestiegen.

Insbesondere in den Bereichen Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und bei den Versorgungsunternehmen (Wasser, Gas, Strom, Postdienste) bestehen in den meisten EU-Mitgliedstaaten den Verbraucherinnen und Verbrauchern zufolge nach wie vor Defizite.

Als positiv wird vermerkt, dass sich die beim Verbrauchervertrauen bestehende Ost-West-Lücke allmählich schließt. Auch Bereiche wie personenbezogene Dienstleistungen (Friseurleistungen, Wellness), Ferienunterkünfte und Pauschalreisen genießen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern großes Vertrauen.

Die Verbraucherbarometer veranschaulichen, wie der Binnenmarkt für die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU funktioniert. Sie werden seit 2008 veröffentlicht und sollen bewirken, dass die Ergebnisse von Verbraucherumfragen stärker beachtet werden und in die Politikgestaltung einfließen.

Es gibt zwei Arten von Barometern, die im jährlichen Wechsel veröffentlicht werden und auf repräsentativen EU-weiten Erhebungen beruhen:

- Das **Verbraucherbarometer für Verbrauchermärkte** misst die Leistung von über 40 Verbrauchermärkten anhand von Schlüsselindikatoren, beispielsweise das Vertrauen in die Einhaltung der Verbraucherschutzvorschriften durch die Anbieter, die Vergleichbarkeit der Angebote, die verfügbare Auswahl an Händlern/Anbietern, das Maß, in dem die Märkte die Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher erfüllen, und inwieweit die auf dem Markt auftretenden Probleme Schäden verursachen. Auch andere Indikatoren wie Anbieterwechsel und Preise werden beobachtet und analysiert.
- Das **Verbraucherbarometer für Verbraucherbedingungen** misst die Verbraucherbedingungen in den einzelnen Ländern in Bezug auf 1. Kenntnisse der Bestimmungen und Vertrauen, 2. Einhaltung und Durchsetzung sowie 3. Beschwerden und Streitbeilegung. Auch werden im Rahmen der Umfrage die bei der Integration des EU-



Einzelhandelsmarkts erzielten Fortschritte untersucht ([Verbraucherbarometer für Verbraucherbedingungen 2017](#)).

- *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Verbraucherbarometer 2018: Vertrauen der Europäer in Dienstleistungsmärkte muss weiter gestärkt werden Verbraucherbarometer](#)

Europäisches Parlament – Eurobarometer: Rekord-Zustimmung für EU



Rund sieben Monate vor der Europawahl erreicht die Zustimmung zur EU ein Rekord-Hoch. Die Deutschen bewerten die EU besonders positiv, zeigt eine **neue Umfrage des Europäischen Parlaments**.

62 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger halten die **Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union** für eine gute Sache. Das ist der höchste Wert seit 25 Jahren. In Deutschland liegt dieser Wert sogar bei 81 Prozent. Außerdem sind 68 Prozent aller EU-weit Befragten der Meinung, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert hat - ein Rekord-Hoch seit 1983. Mit 76 Prozent liegt Deutschland auch hier über dem EU-Mittel. Müssten sich die Deutschen entscheiden, ob ihr Land weiter in der EU bleiben soll, würden 79 Prozent dafür stimmen.

Mit dem **Funktionieren der Demokratie** in der EU sind die Menschen immer zufriedener (49 Prozent gegenüber 46 Prozent vor sechs Monaten). Die Deutschen sehen auch das mit 52 Prozent Zustimmung positiver als der EU-Schnitt. Trotz der erheblichen und wachsenden Unterstützung für die EU im Allgemeinen ist die Hälfte der Befragten jedoch nicht zufrieden mit der Richtung, in die sich die EU entwickelt.

Das **Image des Europäischen Parlaments** bewertet rund ein Drittel (32 Prozent) positiv, ein Fünftel (21 Prozent) empfindet es als negativ, während die relative Mehrheit (43 Prozent) neutral eingestellt ist. In der Bundesrepublik wird das Image des Parlaments positiver wahrgenommen als im EU-Schnitt (40 Prozent). Dafür wünschen sich 48 Prozent aller Befragten in der EU, dass das Europäische Parlament in Zukunft eine größere Rolle spielt.

62 Prozent der Deutschen geben an, dass sie an der **Europawahl im Mai 2019** interessiert sind. Sie halten es für besonders wichtig, dass sich das Parlament für den weltweiten Schutz der Menschenrechte (49 Prozent), die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten (37 Prozent) und die Gleichberechtigung von Mann und Frau (35 Prozent) einsetzt.

In der Kampagne für die kommende Europawahl wünschen sich die Deutschen vor allem Diskussionen über Einwanderung (56 Prozent), den Kampf gegen den Klimawandel und für Umweltschutz (52 Prozent) und den Kampf gegen den Terrorismus (45 Prozent). Auch EU-weit stehen Fragen rund um Einwanderung (50 Prozent) auf Platz eins der wichtigsten Themen für die Wahl. Im EU-Schnitt auf Platz zwei und drei liegen die Themen Wirtschaft und Wachstum (47 Prozent) sowie der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit (47 Prozent).

Das Wissen über die Europawahl im nächsten Jahr wächst. Im EU-Mittel konnten 41 Prozent das Datum der Wahl im Mai 2019 korrekt angeben - eine Steigerung um 9 Prozentpunkte gegenüber der Befragung vor 6 Monaten. In Deutschland konnten 36 Prozent das Datum richtig angeben, ein Plus von 7 Prozentpunkten im selben Zeitraum. Allerdings konnten EU-



weit 44 Prozent immer noch nicht sagen, wann die Europawahl stattfindet. In Deutschland weiß die Hälfte nicht, dass am 26. Mai 2019 gewählt wird.

Die aktuelle Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass die Deutschen die Europäische Union positiv sehen, jedoch noch nicht alle über die Europawahl informiert sind.

Die repräsentative Meinungsumfrage wurde zwischen dem 8. und 26. September 2018 von Kantar Public durchgeführt. Insgesamt wurden 27.474 Menschen ab 16 Jahren in den 28 EU-Mitgliedstaaten persönlich befragt, 1507 davon in Deutschland. Die **Eurobarometer-Umfrage** nimmt **zweimal im Jahr** die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zur EU sowie ihre Ansichten über das Europäische Parlament unter die Lupe. • eag Quelle: PM EP

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Justizminister einigen sich auf neue europäische Regeln für Insolvenzen

Die Justizminister der EU haben am 11. Oktober eine politische Einigung auf effizientere Insolvenzverfahren in der gesamten EU erzielt. Dank dieser Richtlinie können Unternehmen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, frühzeitig umstrukturiert werden, so dass Insolvenzen und Entlassungen so weit wie möglich vermieden werden.

Damit ist der Weg frei für die Triologverhandlungen mit dem Europäischen Parlament, das seine Verhandlungsposition bereits im September festgelegt hatte.

Die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie konzentriert sich auf drei Schlüsselemente:

- Gemeinsame Standards für präventive Restrukturierungsmaßnahmen,
- Regeln für die Gewährung einer zweiten Chance für Unternehmer und
- gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Insolvenz-, Restrukturierungs- und Entschuldungsverfahren in allen Mitgliedstaaten.

Diese Initiative ist Teil des [Aktionsplans](#) zur Schaffung einer Kapitalmarktunion und der [Binnenmarktstrategie](#). Sie trägt zur Beseitigung großer Hindernisse für die Entwicklung der Kapitalmärkte in der EU bei, indem Rechtssicherheit für ausländische Investoren und EU-weit tätige Unternehmen geschaffen wird. Die neuen Regeln werden dazu beitragen, Investoren anzuziehen, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten sowie wirtschaftliche Schocks für die Volkswirtschaften aufzufangen. Zurzeit werden noch zu viele wirtschaftlich bestandsfähige Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten abgewickelt anstatt frühzeitig umstrukturiert zu werden, und zu wenige Unternehmer erhalten eine zweite Chance. • eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Daily News vom 11. Oktober 2018](#)

[Pressemitteilung zum Kommissionsvorschlag zu Unternehmensinsolvenzen](#)

[Fragen und Antworten](#)

[EU Factsheet](#)

[Richtlinienvorschlag](#)



Rechnungshofbericht - Gutes Zeugnis für den EU-Haushalt 2017

Der Europäische Rechnungshof hat das EU -Haushaltsmanagement positiv bewertet. Der weit überwiegende Teil der 2017 getätigten Ausgaben sei richtig eingesetzt worden und die geschätzte Fehlerquote deutlich auf 2,4 Prozent gefallen, stellten die Prüfer in ihrem Jahresbericht 2017 fest. 2016 hatte sich die Fehlerquote auf 3,1 Prozent belaufen und 2015 auf 3,8 Prozent. Hätten die nationalen Behörden die ihnen in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellten Informationen vollständig genutzt, hätte die Fehlerquote nach Einschätzung des Rechnungshofs sogar unter dem Zielwert von 2 Prozent liegen können, so der Bericht.



Unregelmäßigkeiten bei der Mittelverwendung gibt es laut Rechnungshof vor allem dann, wenn Zahlungen auf Basis der Angaben von Begünstigten über zuvor entstandene Kosten erfolgten. Kostenerstattungen aus dem EU -Haushalt erfolgen unter anderem in den Bereichen Entwicklung des ländlichen Raums und Kohäsion, bei Forschungs- und Fortbildungsprogrammen sowie Entwicklungshilfeprojekten. „Der Bericht belegt, dass wir unser Geld gut verwenden“, erklärte EU -Haushaltskommissar Günther Oettinger. „Der EU -Haushalt mag bescheiden sein, aber für Millionen Europäerinnen und Europäer bewirkt er große Veränderungen“, sagte er. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 17/18*

Rechnungshof billigt EU-Jahresrechnung [Link](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Wettbewerb eröffnet - „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland gesucht

Welche deutsche Stadt darf den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ tragen? Die Kultusministerkonferenz und die Kulturstiftung der Länder rufen interessierte deutsche Städte auf, sich **bis zum 30. September**



2019 um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ zu bewerben. Die Ausschreibung wurde am 24. September veröffentlicht. Eine zwölfköpfige europäische Expertenjury wird nach einem zweistufigen Auswahlverfahren im Herbst 2020 ihren Favoriten empfehlen. Mit der Titelvergabe ist die Verleihung des Melina-Mercouri-Preises verbunden, der mit 1,5 Mio. Euro dotiert ist. Zeitgleich mit Slowenien ist Deutschland berechtigt, für das Jahr 2025 **zum vierten Mal** eine Europäische Kulturhauptstadt zu stellen.

Zu den Bewerbern gehört die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts **Magdeburg**. (siehe auch WS 35/18) Aktuelle Informationen rund um die Magdeburger Bewerbungsphase finden sich unter www.magdeburg2025.de und auf [Facebook](#).



Seit 1985 wurden **über 50 Städte** in der EU zur Kulturhauptstadt Europas ernannt. Ziel der Initiative ist es, den Reichtum und die Vielfalt der Kultur in Europa herauszustellen und die Gemeinsamkeiten zu fördern. Die Städte nutzen die Bühne laut EU -Kommission häufig, um ihr Kulturangebot zu entwickeln und international dafür zu werben. Aktuell, also 2018, tragen Leeuwaarden (NL) und Valetta (Malta) den Titel. Deutschland präsentierte 1988 mit West-Berlin, 1999 mit Weimar und 2009 mit Essen die Kulturhauptstadt Europas. Brüssel trug den Titel 1999. Die gesamte Liste aller Titelträger finden Sie [hier](#) • *eag Quelle: EU-Nachrichten 17/18*

Zur Website der Kulturstiftung [Link](#)

EU -Wettbewerb für Nachwuchswissenschaftler - Drei Deutsche unter den Gewinnern bei EUCYS

Anna Amelie Fleck und ihr Bruder Adrian haben sich eine neue Art von Schutzkleidung ausgedacht. Bei „FleckProtec“ handelt es sich um Protektoren aus einer weichen und biegsamen, mit einer stärkehaltigen Flüssigkeit gefüllten Silikonhülle. Bei Stürzen, etwa vom Motorrad, wird die Flüssigkeit fest. Mit ihrer Entwicklung landeten die Geschwister Fleck unter den drei Erstplatzierten beim **Wettbewerb der EU -Kommission für Nachwuchswissenschaftler**. Max von Wolff gewann den Sonderpreis der Europäischen



Weltraumagentur ESA. Er hat eine Messmaschine für die Größe von Regentropfen entwickelt für gezieltere Wettervorhersagen.

Den Wettbewerb gibt es seit 1989. Sein Ziel ist es, für Austausch und Zusammenarbeit junger Wissenschaftler zu werben. Weitere Informationen liefert die EUCYS-Webseite (European Union Contest for Young Scientists). [Link](#)

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 17/18*

Nachwuchsforscher ausgezeichnet [Link](#)



EU-weit einheitliche Label für Kraftstoffe an Tankstellen und Neuwagen

Damit jeder Autofahrer schnell erkennt, welcher Kraftstoff in welchen Tank gehört und welche Kraftstoffe umweltfreundlich sind, führte die EU am 12. Oktober einheitliche Kennzeichnungen ein. Die neuen Kraftstofflabel sind EU-weit an Zapfsäulen und –pistolen zu finden. Auch für neu hergestellte Fahrzeuge sind die leicht lesbaren, klaren und einfachen Etiketten ab sofort obligatorisch und werden auf den Tankdeckeln angebracht.



Die neuen Kennzeichnungen ersetzen weder bestehende Namen und Marken von Kraftstoffen noch Qualitäts-, Sicherheits- und Leistungsempfehlungen. Sie basieren auf Industriestandards und wurden von europäischen Normungsgremien unter Beteiligung von Industrie, Verbrauchern und Vertretern der Zivilgesellschaft entwickelt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung mit den einzelnen Kennzeichnungen im Überblick Memo](#)

[Anwenderinformationen auf Deutsch](#)

10

Zugang zu Büchern für sehbehinderte EU-Bürger wird erleichtert

Bücher, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse in Blindenschrift oder anderen Formaten für blinde und sehbehinderte Menschen werden in der gesamten EU leichter zugänglich. **Neue Vorschriften**, die am 12. Oktober in Kraft getreten sind, regeln die verbindliche und EU-weite Ausnahme von den Urheberrechtvorschriften. Ermöglicht wurde dies, weil die EU die Ratifizierung des völkerrechtlichen Vertrags von Marrakesch am 1. Oktober 2018 abgeschlossen hat.

Der Vertrag von Marrakesch selbst wurde 2013 von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) verabschiedet. Der Vertrag erleichtert für blinde, sehbehinderte oder sonst lesebehinderte Menschen den Zugang zu veröffentlichten Werken und trat am 30.9.2016 in Kraft.



Die EU-Gesetzgebung zum Vertrag von Marrakesch wurde von der Kommission als Teil der laufenden Modernisierung der EU-Urheberrechtvorschriften vorgeschlagen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: [Information in den Daily News](#)



EU weitet Schutz vor krebserzeugenden Stoffen am Arbeitsplatz aus

Die Liste der als krebserzeugend anerkannten chemischen Stoffe am Arbeitsplatz wird um acht weitere Stoffe, zu denen auch Dieselabgase gehören, erweitert. Das Europäische Parlament und der Rat haben am 11. Oktober eine Einigung über den [zweiten Vorschlag der Kommission](#) zur Liste der als krebserzeugend anerkannten chemischen Stoffe am Arbeitsplatz erzielt. Beschäftigte in der chemischen Industrie, der Metall- und der Automobilindustrie, Berufskraftfahrer, Bauarbeiter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Hafensektor und in der Lagerei werden besonders von den neuen Vorschriften profitieren.

Die Einigung wird dem Ausschuss der Ständigen Vertreter zur Billigung vorgelegt. Sobald die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten die Einigung bestätigt haben, wird sie dem Europäischen Parlament zur Abstimmung im Plenum vorgelegt.

Die **Bekämpfung arbeitsbedingter Krebserkrankungen** und die Schaffung eines gesünderen und sichereren Arbeitsumfelds sind für die jetzige Kommission vorrangige Anliegen und wichtige Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte. Die Bedeutung dieses Ansatzes ist wissenschaftlich untermauert: 52 Prozent aller arbeitsbedingten Todesfälle sind auf Krebserkrankungen zurückzuführen, die somit nach wie vor die meisten „schleichenden Tode“ am Arbeitsplatz verursachen. Zwar gibt es in der Mehrheit der Mitgliedstaaten nationale Grenzwerte für die Exposition gegenüber vielen krebserzeugenden chemischen Stoffen, einige Mitgliedstaaten sind jedoch weniger streng. Dadurch genießen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Binnenmarkt nicht den gleichen Schutz, und es herrschen unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen.

Da ständig neue wissenschaftliche Erkenntnisse über krebserzeugende chemische Stoffe gewonnen werden, unterstützt die Kommission eine kontinuierliche Aktualisierung der [Richtlinie über Karzinogene und Mutagene \(Richtlinie 2004/37/EG\)](#).

Die Juncker-Kommission setzt sich entschlossen für eine Aktualisierung der Rechtsvorschriften zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor krebserzeugenden chemischen Stoffen ein. Der [erste Vorschlag der Kommission wurde im Mai 2016](#) vorgelegt und bereits Ende 2017 als Richtlinie durch die beiden gesetzgebenden Organe angenommen. Mit der aktuellen vorläufigen Einigung wird die letzte Phase der Verhandlungen über den [zweiten Kommissionsvorschlag von Januar 2017](#) eingeläutet. Im April 2018 hat die Kommission einen [dritten Vorschlag für einen besseren Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden chemischen Stoffen](#) vorgelegt. Inzwischen sind 22 krebserzeugende chemische Stoffe durch die Richtlinie abgedeckt, von denen 21 seit Beginn der Amtszeit der derzeitigen Kommission hinzugefügt wurden.

Diese Initiativen stehen im Einklang mit den Bemühungen der Kommission um die Verbesserung von Arbeitsschutznormen in ganz Europa. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Arbeitnehmer vor krebserzeugenden Chemikalien schützen: Erklärung von EU-Kommissarin Thyssen im Anschluss an die von den EU-Organen erzielte Einigung](#)

[Factsheet: Kommission ergreift Folgemaßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor krebserzeugenden Chemikalien: Häufig gestellte Fragen](#)



EU beschränkt 33 gefährliche Chemikalien in Kleidung und Textilien

Die Europäische Kommission hat am 10. Oktober [neue Beschränkungen für die Verwendung von 33 Stoffen](#) beschlossen, die bekanntermaßen Krebs und verursachen oder die Fortpflanzungsfähigkeit beeinträchtigen und in Bekleidung, Schuhen und anderen Textilwaren verwendet werden. In den letzten zehn Jahren konnte die Exposition der Bürgerinnen und Bürger gegenüber schädlichen Chemikalien dank EU-Maßnahmen erheblich reduziert werden. Die Kommission prüft zudem ständig, wie der **Schutz der Verbraucher**, der Arbeitnehmer und der Umwelt weiter verbessert werden kann.

Die neuen Vorschriften werden in die [REACH-Verordnung](#) aufgenommen, die fortschrittlichste und umfassendste Chemikaliengesetzgebung der Welt. Die aktuell angenommenen Maßnahmen zielen auf den Schutz vor Exposition gegenüber CMR-Chemikalien (Stoffe, die als krebserzeugend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend eingestuft werden) ab, die insbesondere bei häufigem Kontakt mit der menschlichen Haut Gesundheitsschäden hervorrufen können. Diese neuen Vorschriften legen Höchstwerte für die Verwendung der CMR-Stoffe in Bekleidung und Textilien fest; Produkte, die diese Grenzwerte überschreiten, dürfen unabhängig von ihrem Produktionsursprung in der EU nicht in Verkehr gebracht werden.

Die Beschränkungen wurden auf der Grundlage wissenschaftlicher und technischer Empfehlungen der Europäischen Agentur für chemische Stoffe und nach umfassenden Konsultationen mit den Interessengruppen ausgearbeitet. Sie treten 24 Monate nach Veröffentlichung der Verordnung im Amtsblatt der EU in Kraft.

Die Kommission gibt auch einen erläuternden Leitfaden zu diesen Einschränkungen heraus, der nach der Veröffentlichung im Amtsblatt [hier](#) verfügbar sein wird. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 10. Oktober 2018](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Europaminister Rainer Robra lädt ein zum „Europaforum im Palais“



Ist die Europäische Union noch ein Zukunftsmodell angesichts zunehmendem europafeindlichen Populismus und Renationalisierungstendenzen? In einer **gemeinsamen Veranstaltung** wollen die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt und die Otto-von-Guericke Universität in einer **offenen Diskussionsveranstaltung am 23. Oktober** um 18 Uhr im Festsaal der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, Hegelstraße 42, 39104 Magdeburg, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas diskutieren.

Wo stehen wir? Wie muss sich Europa verändern? Was erwarten wir von der Europäischen Union? Welche Rolle kann und soll Europa in einer Welt im Umbruch spielen? Die europäischen Zukunftsfragen und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt diskutieren mit Ihnen **Rainer Robra**, Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. **Dr. Eva Heidbreder**, Politikwissenschaftlerin an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg (Lehrstuhl Regieren im Europäischen Mehrebenensystem) und **Sophie Pornschlegel**, Projektmanagerin beim Think Tank Das Progressive Zentrum im Programmbereich Zukunft der Demokratie.

Sie sind herzlich eingeladen mitzudiskutieren. **Anmeldungen bitte bis 22. Oktober 2018** an europa@stk.sachsen-anhalt.de oder telefonisch unter 0391/567-6695 oder per Fax an 0391/567-6606.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung organisiert der Lehrstuhl für Regieren im Europäischen Mehrebenensystem an der Otto-von-Guericke Universität eine wissenschaftliche Diskussionsveranstaltung zum Zustand und Zukunft der Europäischen Union, in dem wissenschaftliche Einblicke zu den derzeitigen Krisen des Integrationsprojektes und mögliche Reformvorschläge kritisch beleuchtet werden sollen. • *Gastartikel*



Die Landesvertretung Sachsen-Anhalt lädt Sie herzlich ein am 06. November 2018 um 18:15 Uhr zu einem Konzert im Rahmen des „IMPULS-Festivals – Junge Meister!“ Sachsen-Anhalt

In den Porträtkonzerten, mit denen Impuls regelmäßig in der Landesvertretung in Brüssel zu Gast ist, präsentieren sich traditionell **junge musikalische Talente**.

In diesem Jahr haben die „Jungen Meister“ ein Repertoire im Gepäck, das ihnen „auf den Leib“ geschrieben wurde. Dabei schlagen sie einen eindrucksvollen Bogen von Dresden nach Brüssel Begleitet wird die mehrfach preisgekrönte Charlotte Thiele von der Pianistin Sujung Lee

Ablauf:

18:15	Begrüßungsgetränk/ kleiner Imbiss	
19:00	Begrüßung durch Frau Herrn Burkhard Fieber, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt	
19:10	Einführung und Ausblick auf das Programm 2018 durch Hans Rotman, Intendant des IMPULS-Festivals – englisch-	
19:30	Konzert	
	<i>Charlotte Thiele</i>	<i>Violine</i>
	<i>Su Jung Lee</i>	<i>Klavier</i>



Im Anschluss an das Konzert sind die Gäste herzlich zu einem Umtrunk eingeladen. Anmeldungen sind bis zum 29. Oktober 2018 unter der E-Mail-Adresse: sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de oder unter der Telefonnummer +32 (0) 2 741.09.31 möglich. Plätze stehen nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung. Frühe Anmeldungen werden vorrangig berücksichtigt.



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL (EPSO) Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt das folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: EPSO/AD/363/18 — BEAMTE (m/w) DER FUNKTIONSGRUPPE ADMINISTRATION (AD 7) in folgenden Fachgebieten: 1. Zoll 2. Steuern
Fundstelle: Abl.	C 368 vom 11. Oktober 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:368:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	13. November 2018
Antragsunterlagen:	Die Bekanntmachung des Auswahlverfahrens wird in 24 Sprachen im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> C 368 A vom 11. Oktober 2018 veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: https://epso.europa.eu/ und http://jobs.eu-careers.eu

15

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/143/18 Juristischer Dienst— Qualität der Rechtsetzung / Direktor
Fundstelle: Abl.	C 370 A vom 12. Oktober 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:370A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	5. November 2018
Antragsunterlagen:	Bewerbungen sind per E-Mail zu senden an: Selection.of.Officials-Applications.Management.Posts@consilium.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Ausschreibung der Stelle des Exekutivdirektors (m/w) der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), Ljubljana (Bedienstete(r) auf Zeit— Besoldungsgruppe AD 14) — COM/2018/20031
Fundstelle: Abl.	C 372 A vom 15. Oktober 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:372A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	26. November 2018



Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/ Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu
---------------------------	--



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologiegesuch Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Eine spanische Stadtverwaltung sucht nach intelligenten Mobilitätslösungen. Ein spanischer Stadtrat will nachhaltige und intelligente Mobilitätslösungen für seine Stadt vorantreiben. Gesucht werden Initiativen, Vereinbarungen, Forschungs- und technische Zusammenarbeit, kommerzielle Vereinbarungen oder Partnerschaften für eine städtische, nachhaltige und intelligente (Öko-)Mobilität. Die Innovationen sollen wegweisend sein und gleichzeitig soziale Herausforderungen bewältigen können. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/43377d70-4726-406c-92de-72a8b95df373 Referenznummer: TRES20180926001
Horizont 2020-Partnergesuch Enterprise Europe Network Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Fast Track to Innovation: Projektpartner gesucht, der als Endnutzer im Bereich Submikron-Lasermarkierung bzw. -ätzung Fehler identifizieren kann und bei der Antragstellung unterstützt Ein französisches Labor hat eine Technologie entwickelt, die klassische industrielle Nanosekundenlaser nutzt, um Subwellenlängen für Markierungsarbeiten einzusetzen. Das Projektkonsortium besteht



		<p>bereits aus 3 Partnern (zwei französischen und einem deutschen) und sucht nun einen Industriepartner als industriellen "Endverbraucher". Der potentielle Partner soll bei der Antragstellung unterstützen und ein Arbeitspaket im Projekt umsetzen. Gesucht wird ein Partner, der auf den Bau von Laserstationen spezialisiert ist.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/7b7831a6-4d33-44ef-9e42-a8deba7c38a7</p> <p>Referenznummer: RDFR20180920001</p>
<p>Geschäftliches Gesuch</p> <p>Enterprise Europe Network Griechenland</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Ein griechischer Hersteller von selbstgemachten Marmeladen, Säften und Fruchtbonbons aus Sirup sucht nach Herstellern von Glasflaschen und Schraubgläsern.</p> <p>Ein griechisches Familienunternehmen, das auf die handgefertigte Herstellung von Marmeladen, Säften und Fruchtbonbons aus Sirup spezialisiert ist, Hersteller von Glasflaschen und Schraubgläsern sucht für seine Produkte. Die Flaschen sollten in zwei Größen erhältlich sein: 500 ml und 1 l, während die Gläser in einer Füllgröße zwischen 300 und 400 g produziert werden sollen. Der Glashersteller sollte über die erforderlichen Zertifizierungen für seine Produkte verfügen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/2e318bb9-a490-4e67-bd81-3685c47d54c3</p> <p>Referenznummer: BRGR20181015001</p>
<p>Partnergesuch Eurostars 2</p> <p>Enterprise Europe</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Gesucht werden Partner zur Entwicklung von Produkten mit silberner Nanodraht-Tinte</p> <p>Das KMU aus Südkorea liefert Halbleiter-, OLED- und gedruckte elektronische</p>



<p>Network</p> <p>Süd Korea</p>		<p>Materialien. Es verfügt über eine flexible Substrattechnologie mit selbst entwickelten Silber-Nanodrähten und kann Substrate auf Basis von Rolle-zu-Rolle-Pilotanlagen in Serie produzieren. Das KMU sucht Partner zur Entwicklung von Produkten mit Silber-Nanodraht-Tinte, um einen Vorschlag für das EUREKA- oder Eurostar2-Programm einzureichen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/4d234650-2444-4e5a-afb2-72933659f539</p> <p>Referenznummer: RDKR20181008002</p>
---------------------------------	--	--



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – AdR -Newsletter



Der aktuelle Newsletter des Ausschusses der Regionen wurde am 12. Oktober veröffentlicht. Der Newsletter enthält Neuigkeiten, Veranstaltungen, Stellungnahmen zu EU-Politiken, Veröffentlichungen u.a.m.

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen zu folgenden Themen:

- Neue Geschäftsmöglichkeiten durch EU-Politik zur Reinhaltung der Meere
- EU muss viel mehr Geld für die Integration von Einwanderern bereitstellen
- Lokale und regionale Mandatsträger dringen in der Debatte über die Zukunft der europäischen Fischerei auf neue Maßnahmen für neue Herausforderungen
- Hin zu einer gerechteren Arbeitskräftemobilität in Europa: Europäische Arbeitsbehörde benötigt Unterstützung durch angemessene Durchsetzungsmaßnahmen
- #EURegionsWeek: Zusammenhalt ist der Schlüssel zur Zukunft Europas

20



Sachsen-Anhalt wird in dieser Legislatur durch

- Dr. Michael Schneider, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, und
- Tilman Tögel, Mitglied des Kreistages Stendal, vertreten



Europäischer Ausschuss
der Regionen

Den Newsletter können Sie [hier](#) abonnieren und individuelle Informationen erhalten. • eag



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Großbritannien möchte die EU nächstes Jahr verlassen. Ein Austrittsvertrag wäre von großer Bedeutung und soll dafür sorgen, dass der Austritt Großbritanniens nicht im Chaos endet. Bis 2020 ist eine Übergangsphase des Brexit von Seiten der EU geplant. Der Brexit-Unterhändler Michel Barnier äußerte sich positiv dazu, die Übergangsphase sogar um ein Jahr zu verlängern. Jedoch unter einer Bedingung: Theresa May müsse sich zur Streitfrage um die Grenze von Nordirland und Irland äußern.



1. Wann wurde Großbritannien Mitglied der EU?
 - a) 1958
 - b) 1973
 - c) 1986
2. Auf welchen Monat hat sich Großbritannien mit dem Austritt aus der EU festgelegt?
 - a) Mai 2019
 - b) März 2019
 - c) August 2019
3. Die Übergangsphase bis zum endgültigen Brexit bedeutet für Großbritannien...
 - a) die Mitgliedschaft in der Zollunion und Teilnahme am EU-Binnenmarkt.
 - b) weder die Mitgliedschaft in der Zollunion noch die Teilnahme am EU-Binnenmarkt.
 - c) Stimmrechte sowie Sitze im Europäischen Parlament, dafür keine Mitgliedschaft in der Zollunion und keine Teilnahme am EU-Binnenmarkt.



Antworten:

1. b) Am 1. Januar 1973 traten Großbritannien mit Nordirland, Dänemark und Irland der Europäischen Union bei. Bereits 1967 wollten die Briten der Europäischen Gemeinschaft beitreten, Charles de Gaulle wehrte sich jedoch dagegen und der Beitritt wurde nach hinten verschoben.

2. b) Am 29. März nächsten Jahres möchte Großbritannien aus der Europäischen Union austreten. Bis dahin müssen noch Austrittsverhandlungen besprochen werden. Noch unklar ist das Ausmaß der Folgen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht: Werden sich Großbritannien noch weitere Staaten zum Austritt der EU anschließen?

3. a) Eine Übergangsphase bis 2020 bedeutet die Mitgliedschaft der Zollunion sowie die Teilnahme am EU-Binnenmarkt um einen plötzlichen, chaotischen Wirtschaftszusammenbruch sowie die Unsicherheit der Bürger zu vermeiden.

Es bleibt spannend, wie der Brexit nächstes Jahr aussehen wird und inwiefern die Ausreise ins Vereinigte Königreich verkompliziert wird. GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum berät gerne über Auslandsaufenthalte, sogar über die Grenzen Europas hinaus!



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

